

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 2.40 einschließlich des Anzeigenspreises. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstützengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Soja, Unterstützengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 15 Pf. Im Restenteil die Zeile 40 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 40 Pf. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher abgegebenen Anzeigen.

Verl.-Abt.: Amtsblatt.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Postfach Nr. 110.

Nr. 23.

Sonntag, den 27. Januar

1918.

Im Genossenschaftsregister ist auf Blatt 4 (Firma: Konsum-Verein und Produktiv-Genossenschaft für Schönheide und Umgegend, e. G. m. b. H.)

eingetragen worden:

Oswald Faustel ist nicht mehr Mitglied des Vorstandes.

Der Formstecher Franz Richard Gerisch in Schönheide ist als

Stellvertreter für die zum Kriegsdienst einberufenen Vorstandsmitglieder

Poppig und Kuerswald Mitglied des Vorstandes.

Eibenstock, den 25. Januar 1918.

Königliches Amtsgericht.

Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers
werden die öffentlichen Gebäude

Sonntag, den 27. Januar 1918

besetzt werden.

Die Bürgerschaft wird gebeten, ihre allgemeine Anteilnahme an einer würdigen Feier des Allerhöchsten Geburtsfestes durch eine reiche Besetzung der Häuser zum Ausdruck zu bringen.

Eibenstock, am 20. Januar 1918.

Der Stadtrat.

Hühnerbesitzer.

Der Bezirksverband der königlichen Amtshauptmannschaft fordert Bericht über die

Anzahl der in der Gemeinde vorhandenen Hühner, über die von diesen in der Zeit vom 13. bis 26. Januar cr. gelegten Eier und deren Verwendung, sowie über die ab 1. Dezember 1917 geschlachteten Hühner, Küken und Hähne.

Die Hühnerbesitzer werden hierdurch aufgefordert, bis spätestens zum 28. Januar 1918 mittags schriftlich folgende Fragen zu beantworten:

1. Anzahl der im Haushalt gehaltenen Hühner und Hähne,
2. Anzahl der Legehühner,
3. Anzahl der von diesen in der Zeit vom 13. bis 26. Januar cr. gelegten Eier,
4. Anzahl der im Januar
 - a) an die Sammelstelle abgelieferten Eier,
 - b) im eigenen Haushalt verbrauchten Eier,
5. Anzahl der vom 1. Dezember 1917 geschlachteten a) Küken; b) Legehühner; c) Hähne; d) andere Hühner.

Schönheide, am 24. Januar 1918.

Der Gemeindevorstand.

Handelschule Eibenstock.

Anmeldungen für die Lehrlings- und die Mädchen-Abteilung auf das neue Schuljahr werden **Dienstags** und **Freitags** von 1/2 12 bis 1/2 1 Uhr im Schulgebäude Bachstr. 1, Erdgeschoss, entgegengenommen.

Die Direktion.

Dem Kaiser heil!

Zum vierten Male schießen scharfgeladene Geschütze zum 27. Januar den Kaisersalut. Derzeitige unter den Hohenzollern, der seine Friedensliebe am schärfsten ausgesprochen, sie bei jeder Gelegenheit vor dem aufstrebenden Europa besonders betont hat, muß, seines Volkes Kriegsherr sein in einem Völkerringen, das, was die Zahl der wirklichen Schlacht- und Kampftage anlangt, auch den siebenjährigen Krieg mit seinen „Winterquartieren“ schon lange hinter sich gelassen hat. Als selbsterwählter Kriegsherr tritt Kaiser Wilhelm II. auch in sein 60. Lebensjahr ein. Nur sein eigen Volk weiß, wie schwer die furchtbare Last der Verantwortlichkeit in dieser weltgeschichtlichen Zeit ohne gleichen auf den Schultern ruht, die den fürstlichen Hermelin mit dem schlichten Soldatenmantel vertauscht. Heute noch mühen sich die Soldatensöhne des Auslands — betrogen, Betrüger oder bewußte Fälscher der geschichtlichen Wahrheit —, denjenigen unter den Staatsfeindern der Welt, der als der einzige unter allen auch das Denken der geheimsten Altenschränke nicht zu scheuen brauchte, als eigentlichen Urheber des Weltenbrandes zu verklagen! Wir wissen es besser. „Vor Gott und der Geschichte ist mein Gewissen rein. Ich habe den Krieg nicht gewollt!“ Im deutschen Volke lebt kein einziger, selbst unter denen nicht, die uns heute mit unzeitigen und ungesüßtem Friedensgeschrei die unabänderliche Pflicht des Durchhaltens erschweren, der diesem kaiserlichen Selbstbekenntnis vom 1. August 1915 den geringsten Zweifel entgegenzusetzen wagte. Wir aber, die wir uns mit unserem Herrscher mitverantwortlich fühlen in den Schicksalsjahren des deutschen Volkes, wir, die wir mit ihm des Weltens leben: „Innere Stärke und einheitlicher nationaler Wille im Geiste der Schöpfer des Reichs verbürgen den Sieg“ — wir scharen uns heute mit der Entschlossenheit und Treue, auf die die Hohenzollern noch immer rechnen durften, um den Herrscherthron und um die auf eisendurchwühltem Boden aufgewachsene Kaiserkrone. Mögen sich die Geister scheiden und unsichere Wehrpflichtige mit der Revolution liebäugeln, die wahrhaftig deutlich genug den Erweis gebracht hat, daß die Revolution, auch wo sie durch eine verfaulende Mißregierung geradezu großgezogen wurde, nichts anderes kann als ein Volk in den Strudel des Unterganges ziehen — wir vollbewußte Deutsche wollen es beweisen: In Fährden und in Räten zeigt stets das Volk sich echt.

Was Kaiser Wilhelm II. in diesen denkwürdigen Jahren immer neue Kraft gegeben, war sein tiefgewurzelter Glaube. „Voll Dank dürfen wir heute sagen — so sprach er in der oben angeführten Rede vom 1. August 1915 —: Gott war mit uns!“ Und geradezu zum geflügelten Wort

ist sein Bekenntnis aus derselben Ansprache geworden: „Großes Erleben macht ehrfürchtig und im Herzen fest!“ Wir, Volk und Herrscher, haben seither noch Größeres erlebt. Immer gewaltiger wird das Schicksal, das auf uns liegt, immer heftiger der Entschluß, unter allen Umständen in Ehren zu bestehen, damit wir „vor Gott, der unsere Waffen weiter segnen wolle, des Sieges würdig seien“. Wir sind dem Herrn der Heerscharen vielen Dank schuldig. Er hat uns den Kaiser erhalten bis zum heutigen Tage; er hat uns neben dem Herrscher einen Marschall Vorwärts der Gegenwart, einen Hindenburg geschenkt, der nach den Worten seines kaiserlichen Herrn „zu einem Nationalheros des deutschen Volkes“ geworden ist. Schon beginnt sich im Osten das Gewölke zu verschieben, und ein erstes Morgenröten des Friedens leuchtet auf; schon mehrten sich auch unter denjenigen gegnerischen Völkern, die sich noch am wütendsten gegen uns gebärden, die Stimmen der Vernunft, die es einsehen: auch eine ganze Welt vereint kann das deutsche Reich und Volk nicht unter die Füße treten; wie Kaiser Wilhelm II. gesprochen (31. Juli 1916): „Niemand hat mich die feste Zuversicht verlassen, daß Deutschland trotz der Ueberzahl seiner Gegner unbezwingbar ist“; denn: „Ein Mann mit Gott ist immer die Majorität.“ Eins im unerschütterlichen Vertrauen zur Hilfe des Höchsten, tragen und kämpfen wir weiter mit unserem Herrscher, bis der volle Friedenstag aufluchtet über der kampfbewühlten Welt; der Friedenstag, der uns nicht zu kümmerlichem Dahinsinken unter dem Trude der übelwollenden Feinde verurteilt, sondern uns eine Zukunft heraufführt im Sinne des kaiserlichen Wortes: „Frei, sicher und stark wollen wir wohnen unter den Völkern des Erdballs.“

D. E. K.

Kühlmanns Rede im Hauptauschuß.

Berlin, 25. Januar. In der heutigen Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages ging Staatssekretär v. Kühlmann auf die Verhandlungen in Brest-Litowsk ein und führte etwa folgendes aus:

In der Zeitungs polemik wurde fast regelmäßig von der Fiktion ausgegangen, als seien die Unterhändler nach Brest-Litowsk zurückgefahren und hätten dort an Ort und Stelle nach den Bedürfnissen der Lage und nach der englischen Mördergrube, die sie im tiefsten Herzen haben, eine Politik zurechtgebraut. Diese Ausführungen entbehren aber jeder Grundlage, weil der Ursprung der von uns vertretenen Politik weit zurückliegt. Diese hängt organisch zusammen mit der Schaffung eines selbständigen Polens und stammt jedenfalls schon aus dem Frühjahr 1917. Sie steht auch im inneren Zusammen-

hang mit unserer Politik in Kurland und Litauen. Als ich im Juli vorigen Jahres das Amt übernahm, war die Politik nach Osten schon feststehend. In seiner großen programmatischen Reichstagsrede im Plenum hat der Reichskanzler Graf Hertling seine grundsätzliche Bereitwilligkeit erklärt, auf der Grundlage des Junkspruches „An alle“ in Verhandlungen mit Rußland einzutreten, und hat weiter erklärt, daß er die Politik des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in bezug auf die genannten drei Randstaaten zu vertreten gedenke. Es ergibt sich also, daß man die persönliche Initiative des ausführenden Staatsmannes und Unterhändlers bei weitem überschätzt, die Kontinuität der Politik aber unterschätzt. Die Tätigkeit in Brest-Litowsk mußte in zwei klar getrennte Abschnitte zerfallen. Rußland hatte in seinem Junkspruch nur einen allgemeinen Frieden vorgeschlagen. Die Verhandlungen mit Rußland mußten daher über das Thema des allgemeinen Friedens gehen. Rußland stand auch bei Beginn unserer Brest-Verhandlungen auf dem Standpunkt, es könne zu einem Sonderfrieden mit uns nur dann schreiten, wenn seine Verbündeten durch zweifelsohne friedensfeindliches Verhalten ihm die Möglichkeit an die Hand gegeben hätten, ihnen gegenüber sich mit Zug und Recht von der Bindung des Londoner Traktates loszulösen. Den Verhandlungen über den allgemeinen Frieden entspricht die vielbesprochene Note vom 25. Dezember, in welcher die Verbündeten zu den russischen Vorschlägen für den allgemeinen Frieden Stellung nahmen. Wenn man fragt, warum man dem geschlagenen Rußland erlaubt hat, seinerseits Vorschläge zu machen, so geht man von einer falschen Aufassung der historischen Sachlage aus. Rußland hatte in seinem allgemein gehaltenen Junkspruch gewisse Grundlinien für einen allgemeinen Frieden niedergelegt und war nun verpflichtet, nachdem wir diese Grundlinien für diskutabel erklärt hatten, sie soweit auszuführen, daß uns eine detaillierte Antwort auf diese möglich war. Die Antwort ergab sich aus den Verhältnissen und entsprach den Grundsätzen, an welchen die kaiserliche Regierung seit meinem Amtsantritt stetig festgehalten hat. Rußland erklärte unsere Antwort als geeignete Grundlage für die Entente, um auf ihr Frieden zu schließen. Schloß die Entente nicht innerhalb der auf 10 Tage bemessenen Frist den Frieden auf dieser Grundlage ab, so war nach russischer Ansicht ihr übler Wille klar bewiesen und Rußland fühlte sich frei, in eine Separatverhandlung mit uns einzutreten. Inzwischen traten wir am 26. Dezember in unverbindlicher Weise in Vorbereitungen über einen Separatfrieden ein. Hierbei wurde auf russischen Wunsch die Klärungsfrage und die Frage der westlichen Randstaaten in den Vordergrund gestellt. Von beiden Seiten wurde die Formulierung von Grundlagen für die Beratungen niedergelegt, welche aus den Publikationen bekannt sind. Die vielbesprochene